Sehr geehrter Hans-Georg Kellner,

Danke für Ihren E-Brief. Im folgenden Brief von einem CDU-Politiker bzgl. Volksabstimmungen auf Bundesebene stehen immer nur "Gefahren", die angeblich vom Volk ausgehen würden. Ist das deutsche Volk tatsächlich so verbrecherisch veranlangt oder sind die unten aufgeführten Missstände bzw. Verbrechen nicht eher von machtbessenen Gewaltherrschern aus früherern Zeiten hervorgegangen, die auch das eigene Volk mittels Betrug, Unterdrückung und Bedrohung am eigenen Leib und Leben verbrecherisch missbraucht und in die Irre geleitet haben? Alle Menschen sind in ihrem grundlegenden Menschsein von gleichem Wert. Die Deutschen sind also nicht besser und auch nicht schlechter als alle andere Völker. Und wie die meisten Menschen unserer Zeit ja wissen, ist das Volk das tragende Rückgrat eines jeden Landes. Es braucht nur die Wahrheit und auch weise Führung, um gute, gerechte und fortschrittliche Entscheidungen zum Wohle des Staates und der Bevölkerung treffen zu können.

Sehr geehrte Frau Walkiw,

vielen Dank für Ihr Schreiben zum Thema Volksentscheider auf Bundesebene.

Von den Befürwortern von Volksentscheiden wird häufig der Eindruck erweckt, als sei nur die unmittelbare Demokratie die "wahre" Demokratie und das jetzige System der repräsentativen Demokratie sei im Gegensatz dazu eine minderwertige Form der Demokratie, ein geschichtliches Versehen, das endlich korrigiert werden müsste.

Wer so argumentiert, verkennt, dass uns das mit guten Gründen gewählte System der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie über 50 Jahre hinweg eine nicht zu unterschätzende politische Stabilität in Deutschland beschert hat.

Lassen Sie mich deshalb sechs Gründe nennen, die gegen Volksentscheide und für unsere repräsentative Demokratie sprechen:

1.    Volksentscheide bergen die Gefahr des Missbrauchs und der politischen Destabilisierung. Für diese Bedenken und Vorbehalte gibt es Beispiele aus unserer deutschen Geschichte. In der Weimarer Republik haben Volksabstimmungen das Land politisch aufgewühlt und gespalten und letztlich mit zu deren Scheitern beigetragen. Im dritten Reich wurden Volksbefragungen dazu missbraucht, die diktatorischen Entscheidungen des Nazi-Regimes nach außen demokratisch legitimiert erscheinen zu lassen, wie etwa 1933 der Austritt aus dem Völkerbund oder 1938 der Anschluss Österreichs.

Der Parlamentarische Rat hat sich daher ganz bewusst und strikt zur parlamentarisch-repräsentativen Demokratie und gegen Volksentscheide bekannt, als er 1948/1949 das Grundgesetz ausgearbeitet hat

2.    Der zweite Grund gegen Volksentscheide sind die immer komplexer werdenden Fragestellungen unserer pluralistischen Gesellschaft.

Um diesen gerecht zu werden, ist ein ausgewogenes, auf Kompromissbereitschaft basierendes Entscheidungs- und Gesetzgebungsverfahren erforderlich. Im Gegensatz zu Plebisziten können im parlamentarischen Verfahren verschiedene Interessenlagen - insbesondere auch die von Minderheiten - berücksichtigt und gewichtet werden: durch Beratungen im Plenum und in den Ausschüssen, Berichterstattergespräche und Sachverständigenanhörungen. Bei Volksentscheiden ist dieses ausgewogene Verfahren nicht möglich. Hier geht es allein um die Frage "Ja" oder "Nein".

3.    Der dritte Grund liegt darin, dass Volksentscheide die verfassungsrechtlich garantierte, föderale Grundstruktur unseres Staates beeinträchtigen.

Artikel 79 Absatz 3 des Grundgesetzes garantiert die grundsätzliche Beteiligung der Länder an der Gesetzgebung. Bei der Volksgesetzgebung blieben diese Länderinteressen außen vor. Die vorliegenden Gesetzentwürfe sehen zwar die Möglichkeit der Konkurrenzvorlage durch den Bundestag vor, nicht aber durch den Bundesrat. Zwar enthalten sie außerdem eine Länderklausel, aber das ist keine inhaltliche Mitgestaltung der Länder im Sinne des Grundgesetzes, sondern eine reine Formalie.

4.    Volksentscheide bergen die Gefahr der weiteren Abwertung des Parlaments. Sind wir mal ehrlich, der Deutsche Bundestag hat schon heute kräftig gegen Bedeutungsverlust zu kämpfen. Dies hängt zusammen mit - gestiegenen Kompetenzen und einer Normenflut der europäischen Institutionen mit einer Föderalismusreform, mit der der Bund den Ländern weitere Zuständigkeiten überträgt und schließlich mit der gestiegenen Neigung, politische Debatten in Talk-Shows anstatt im Plenum auszutragen. Kämen jetzt auch noch verstärkt Volksentscheide hinzu, sei die Frage erlaubt, was hätte denn das Parlament in wichtigen Fragen überhaupt noch selbst und eigeninitiativ zu entscheiden? Die großen Stunden des Parlaments wären Vergangenheit, die Schicksalsfragen der Nation würden woanders entschieden.

5.    Durch Volksentscheide besteht die Gefahr, dass sich Parlamentarier ihrer Verantwortung entziehen könnten und insbesondere unpopuläre und sensible Fragestellungen einer Entscheidung des Volkes überließen.

6.    Volksentscheide bergen schließlich die Gefahr, dass Sachfragen nicht nach sachbezogenen Gesichtspunkten entschieden werden. Es ist zu befürchten, dass sich das Volk von Stimmungen und subjektiver Betroffenheit leiten lässt, weil gut organisierte und öffentlichkeitswirksame Lobby-Arbeit noch mehr Einfluss erhalten könnte als heute schon. Populismus, Stimmungsmache, schlagwortartige Parolen können die Entscheidung über Sachfragen zum unsachlichen Abstimmungskampf degradieren. Außerdem können und wollen nur wenige Bürger sich schon allein aus Zeitgründen mit einer oftmals umfangreichen, fachlich schwierigen Materie intensiv auseinander setzen.

 Mit freundlichen Grüßen

Patrizia Faller

CRM Team

Bürgerservice der CDU Bundesgeschäftsstelle

Am 18.06.2014 09:59, schrieb menschenbeimaischberger:

Sehr geehrte Frau Walkiw,

im Namen auch von Sandra Maischberger möchte ich mich für Ihre interessanten Zeilen bedanken. Und natürlich auch für Ihr Vertrauen.

Wir bedauern wirklich sehr, dass wir Ihnen keinen individuell verfassten Antwortbrief zukommen lassen können.

Die Menge der uns erreichenden Post ist einfach zu groß. Oder wir sind zu wenige …

Wir möchten Sie aber unbedingt wissen lassen, dass wir den Inhalt Ihres Schreibens aufmerksam zur Kenntnis genommen haben, dass wir Zuschauerreaktionen nach jeder einzelnen Sendung besprechen und Anregungen oder Kritik direkt in unsere Arbeit an weiteren Sendungen einfließen lassen.

Wir hoffen daher sehr, dass Sie uns auch künftig kritisch begleiten.

Mit der nochmaligen Bitte um Verständnis sowie mit freundlichem Gruß

gez.

Hans-Georg Kellner

Verantwortlicher Redakteur

>>> Rebecca Walkiw <rebecca@walkiw.de> 15.06.2014 11:38 >>>

**An: Alle Regierenden, alle Führungskräfte und alle Medien in Europa**

Um die Probleme der Europäischen Union endlich in den Griff zu bekommen, ist es an der Zeit, dass Volksabstimmungen in ganz Europa eingeführt werden, und zwar auf Länderebene sowie auf Europaebene, denn die Regierungen Europas werden auf Dauer ohne die Mitwirkung und Unterstützung ihrer Bürger nicht imstande sein, die wachsenden Probleme der Union alleine zu bewältigen. Meines Erachtens will die Mehrheit der Menschen in Europa sehr wohl in Einigkeit leben, ohne jedoch ihre Souveränität bzw. Selbstbestimmung als Volk dafür einbüßen zu müssen. Um die Souveränität der jeweiligen Völker zu gewährleisten, müssen allerdings wahre Volksdemokratien mit wahren Volksvertretern und nicht zuletzt mit sachlich und fachkundig durchgeführten Volksabstimmungen in allen Ländern der EU erst geschaffen werden und das Europäische Parlament sowie eine Europäische Verfassung müssen im Sinne eines wahren demokratischen Völkerbunds von Grund auf erneuert bzw. erst formuliert werden. Siehe Beitrag dazu im Anhang.

Mit freundlichen Grüßen,

Rebecca Walkiw